

Wahlprüfsteine zur Kommunalwahl im März 2021 Fragen des Ernährungsrates Frankfurt	CDU	Die Grünen	DIE LINKE	FDP	Die Sozialliberalen
<b>1. Mit welchen Maßnahmen möchten Sie regionale Wertschöpfungsketten für Lebensmittel stärken?</b>	Den regionalen, wohnortnahen Anbau von Lebensmitteln wollen wir stärken, etwa durch den Erhalt der örtlichen Landwirtschaftsflächen und die Unterstützung von Selbstvermarktung, beispielsweise über Hofläden und Wochenmärkte. Es sollte ein regionaler Schlachthof geschaffen werden. Wir wollen ein Zertifikat „in Frankfurt gewachsen“ einführen.	In Frankfurt gibt es einen Trend zur regionalen Versorgung mit Lebensmitteln. Diesen Trend wollen wir unterstützen, lokale Gartenbaubetriebe und die Umstellung auf ökologischen Anbau fördern sowie bei der oft schwierigen Suche nach Nachfolger*innen helfen. Initiativen für Modelle der solidarischen Landwirtschaft (SoLaWi), landwirtschaftliche Kooperativen und andere regionale ökologisch wirtschaftende Betriebe werden wir fördern, z.B. indem wir bei der Standortsuche für Depots unterstützen und diese in neuen Quartieren von vornherein einplanen. In einem zu gründenden „House of Food“ wollen wir u.a. Schulungen zur gesunden regionalen sowie nachhaltigen und ökologischen Ernährung und Lebensmittelverarbeitung für Köch*innen und andere, die an der Gemeinschaftsverpflegung mitwirken, anbieten. Auch Schüler*innen und Gastronom*innen können dort ihr Wissen erweitern. Die Stadt soll künftig einen Mindestanteil an regional produzierten Bioprodukten bei allen Ausschreibungen für Verpflegung in städtischen und stadtnahen Einrichtungen festlegen.	1. DIE LINKE will eine nachhaltige Landwirtschaft und gute und gesunde Nahrungsmittel. Der Umwelt- und Klimaschutz und der Erhalt der Artenvielfalt sind weitere Argumente für eine ökologische Landwirtschaft. Wir wollen den lokalen und regionalen Anbau und Bezug von Nahrungsmitteln gezielt stärken. Eine Agrarwende hin zu einer nachhaltigen Landwirtschaft in und um Frankfurt ist überfällig!	Keine Angaben	In unserer Vorstellung sollen die regionalen Wertschöpfungsketten durch folgende Maßnahmen gestärkt werden: Gründung von einem House of Food, die Schaffung eines Regionalschlachthofes (oder alternativ eine städtische Förderung des Aus- und Umbaus von mehreren Metzgereien im Stadtgebiet, um den Schlachtbetrieb nach heutigen Normen wieder aufnehmen zu können), die Einrichtung einer „Stabsstelle Nachhaltige Ernährung“ für die Förderungen von bio- und regionalen Lebensmitteln in Schulen, Kantinen und auf Märkten und Straßenfesten sowie die Schaffung eines Gründungs- und Schulungszentrums für Lebensmittelproduktion (Food Incubator).
<b>2. Wie sieht in Ihren Augen die städtische Schul- und Kitaverpflegung in 5 Jahren aus? Setzen Sie sich für einen erhöhten Mindestanteil an bio-regionalen Lebensmitteln in der Gemeinschaftsverpflegung ein?</b>	Die städtische Schul- und Kitaverpflegung muss gesund und abwechslungsreich sein sowie Wahlmöglichkeiten zwischen fleischhaltigen und vegetarischen Speisen bieten. Der Anteil an regional erzeugten Lebensmittel sollte weiter wachsen.	Für die Kindertagesstätten und Schulmensen wollen wir in Zusammenarbeit mit dem Ernährungsrat Frankfurt Konzepte für gesunde, nachhaltige und regionale Ernährung erarbeiten und Kindertagesstätten und Schulen sollen zum Beispiel bei der Anlage von Gemüseärten unterstützt werden. Wir wollen an jeder Schule in ihrem Schulhof ein „Grünes Klassenzimmer“ realisieren und legen dafür ein Förderprogramm auf. Wir werden außerdem prüfen, ob im Bürgerpark Süd die Möglichkeit zur Schaffung einer Kinder- und Jugendfarm im Sinne eines Angebots der offenen Bildungsarbeit existiert. Vegetarische und vegane Optionen sollen in der städtischen und von der Stadt geförderten Gemeinschaftsverpflegung immer und in größerem Umfang Teil des Angebotes sein. Die Leitlinien für Leistungsanbieter werden ergänzt um Vorgaben für gesunde Lebensmittel aus der Region und die Zuschlagskriterien um das Kriterium niedrige CO2-Emissionen.	2. Öffentliche Kantinen und Schulen wollen wir mit guten und kostengünstigen Mahlzeiten versorgen. Durch den Bezug nachhaltig in der Region produzierter Lebensmittel in öffentlichen Einrichtungen kann die Stadt Frankfurt einen wichtigen Beitrag zu guter Ernährung und ökologischer Landwirtschaft leisten. DIE LINKE fordert: - Die Verwendung qualitativ hochwertiger Lebensmittel in städtischen Einrichtungen und Kantinen; - die Erhöhung des Anteils biologischer, saisonaler und regionaler bzw. fair gehandelter Lebensmittel (90 Prozent bis 2025); - die Bereitstellung von vegetarischen und veganen Angeboten; - die Unterstützung finanziell Benachteiligter u. a. durch ein kostenloses Kita- und Schlessen; - Die Einrichtung öffentlicher kommunaler Kantinen, in denen gesundes und nachhaltiges Essen zu günstigen Preisen angeboten wird	Die Vergabekriterien für Schulkantinenbetreiber müssen neu definiert werden. Dazu gehört auch, dass der Anteil an bio-regionalen Lebensmitteln entsprechend berücksichtigt wird. Für uns Freie Demokraten steht die Selbstverwirklichung jedes Einzelnen in allen Bereichen des Lebens – dazu gehört auch eine gesunde Ernährung – an höchster Stelle. Aus diesem Grund sehen wir die Politik dazu verpflichtet, die notwendigen Angebote für Eltern zu schaffen, damit diese für sich und für ihre Kinder die besten Lösungen erhalten. Deshalb sollte bei der Vergabe der Schulkantine an einen Betreiber auch der Schulkonferenz (in der auch Vertreter der Lehrkräfte und Eltern sind) ein Mitspracherecht eingeräumt werden. Sie können dann mitentscheiden, in welche Richtung die städtische Schul- und Kitaverpflegung sich in den nächsten Jahren entwickeln soll.	Je höher der Anteil umso besser. Für uns ist allerdings der erste Schritt, die regionalen Gärtnereien und landwirtschaftlichen Betriebe zu unterstützen, biologischen Lebensmittel anstatt bloß Zuckerrüben, Raps und Feldfrüchte für die Tiermast zu produzieren.
<b>3. Die EU verbietet Einwegverpackungen. Welche Maßnahmen ergreifen Sie darüber hinaus auf kommunaler Ebene, um Abfälle zu vermeiden?</b>	Bei Abfällen muss konsequent eine Kreislaufwirtschaft verfolgt werden, um Ressourcen zu schonen. Zusammen mit der FES muss auf die Menschen zugegangen werden, um die Getrennsammlung der Haushaltsabfälle über die Biotonne und gelbe Tonne zu verbessern. Zu viele Wertstoffe landen noch in der Restmülltonne. Die Sammlung von (Klein-) Elektroabfällen muss wohnortnäher sein. Unverpackt-Läden, Pfandbecher-Initiativen wie etwa der „Mainbecher“ und Repair-Cafés sollen unterstützt werden. Wir wollen in Frankfurt eine Steuer auf die Verwendung von Plastikbechern einführen.	Wir wollen, dass Lebensmittel von Frankfurter Wochenmärkten und der Kleinmarkthalle künftig in Netzen oder Stoffbeuteln nach Hause getragen werden und unterstützen die Händler*innen mit entsprechenden Kampagnen und bei der Entwicklung umweltverträglicher Behälter. Wir freuen uns über das EU-weite Verbot von Einweg-Geschirr aus Plastik ab 2021. Wir unterstützen die Frankfurter Vereine und Fest-Veranstalter*innen bei der Entwicklung bezahl- und handhabbarer Alternativen, z.B. durch den Aufbau von Pfand- oder dezentralen Poolsystemen und wollen nach dem Vorbild der Stadt Tübingen eine kommunale Steuer auf Einweg-Verpackungen und Einweg-Geschirr einführen. Außerdem initiieren wir ein Pilotprojekt für ein Pfandsystem für Pizzakartons und werten es im Erfolgsfall auf weitere Imbissverpackungen aus. Durch die Unterstützung der Grünen Umweltdozentinnen wurde in Frankfurt der Mainbecher etabliert, der mittlerweile durch die FES vertreten wird. Mittlerweile beteiligen sich mehr als 150 Ausgabestellen stadtweit an dem Mehrwegbechersystem. Mit dem Beschluss M13/2021, der durch die Grüne Umweltdozentinnen vorgelegt wurde mit dem Ziel der „Zero Waste Cities Europe“-Netzwerk, um von anderen Städten mit dem Ziel der Abfallreduzierung, möchten wir die enge Vernetzung mit anderen Städten im „Zero Waste Cities Europe“-Netzwerk, um von anderen Städten zu lernen; ebenfalls wird hiermit der Wille der Einbindung privater Initiativen bei der Abfallvermeidung bekundet.	3. Die kapitalistische Wegwerfgesellschaft ist durch die Produktion immenser Müllberge gekennzeichnet. Diese Produktionsweise ist ein globales ökologisches Problem. Viele Produkte werden bewusst so geplant, dass sie nach kurzer Zeit kaputt gehen und nur schwierig oder gar nicht zu reparieren sind. So soll der Konsum neuer Waren angekurbt werden. Diese enorme Müllproduktion zerstört unseren Planeten, gefährdet alle Lebewesen und geht in die Nahrungskette ein. Die Vermeidung von Müll sowie die Förderung von Wiederverwendung und Recycling sind daher wichtige Ziele einer sozial-ökologischen Politik. Städtische und öffentliche Einrichtungen müssen hier einerseits mit gutem Beispiel vorangehen, andererseits müssen klare Regeln für private Unternehmen aufgestellt werden. DIE LINKE fordert: - Von der Stadt soll eine Strategie zur Vermeidung von Plastik und Verpackungs Müll erarbeitet werden. Kriterien der Ressourcenschonung und Langlebigkeit in der städtischen Beschaffung zentral zu berücksichtigen. - Eine Verringerung der Lebensmittelverschwendung in öffentlichen Einrichtungen und privaten Haushalten. - In der öffentlichen Beschaffung zentral zu 100% Recyclingpapier eingesetzt werden. - Kunstrasen zur Sportbetätigung ist wegen der immensen Mikroplastik-Emissionen durch Naturrasen zu ersetzen. - Die Unterstützung von Repair-Cafés, Unverpacktläden und anderen Einrichtungen, die zur Müllvermeidung beitragen.	Wir Freie Demokraten wollen die Potenziale einer Kreislaufwirtschaft für eine ökonomisch und ökologisch effiziente Rohstoffnutzung in der Stadt Frankfurt ausschöpfen. Übergeordnetes Ziel muss es sein, Abfallprodukte zu vermeiden, sie je nach Potenzial konsequent und gemäß Kreislaufwirtschaftsgesetz direkt wiederauverwenden (ggf. nach Reinigung), durch Umformung oder ähnliche Technologien wiederzuverwerten (Upcycling), Stofflich zu verwerten (Recycling) und energetisch zu nutzen. So wollen wir zu einer nachhaltigen, umweltfreundlichen Wertschöpfung beitragen. Ab 2022 soll die Stadt Frankfurt jährlich über die konsequente Anwendung des Kreislaufwirtschaftsgesetzes in städtischen Einrichtungen und Eigenbetrieben berichten. Darüber hinaus fordern wir: - Die Stadt Frankfurt und die Metropolregion Frankfurt/Rhein-Main sollen zu einem Praxislabor für eine funktionierende städtische und regionale Kreislaufwirtschaft aufgebaut werden. Dazu fordern wir, dass die Stadt Frankfurt alle nötigen Schritte unternimmt, um die Wertschöpfungspotenziale zu ermitteln und ihre Nutzung zu erarbeiten: - Die Stadt Frankfurt soll die kommunale Abfallwirtschaft in die Pflicht nehmen, Art und Volumen der verarbeiteten Wertstoffe und die daraus erzielte Wertschöpfung jedes Jahr der Stadtverwaltung in einem ausführlichen Bericht offenzulegen. - Die Verfahren des Abfalltransports sollen auf ihre Energieeffizienz untersucht werden und die Energiebilanz sowie Wertschöpfung jährlich berichtet werden. - Digitalisierte Verfahren zur Erfassung und Auswertung von Abfallstoffvolumen und Abfallhandelsvolumen sollen eingeführt und der Status jährlich berichtet werden. - Das Optimierungspotenzial des Recyclings von Metallen und festen, flüssigen und gasförmigen kohlenstoffhaltigen Produkten soll zusammen mit der Industrie erarbeitet werden. Der Stand der Praxis und das Optimierungspotenzial sollen jährlich berichtet werden. - Die Stadt soll diese Berichte jährlich auf ihr technisches, ökonomisches und ökologisches Potenzial analysieren und in konkrete Maßnahmen übersetzen. - Die Stadt Frankfurt soll über alle Standards und Normen sowie rahmenrechtlichen Bestimmungen berichten, die einer Umsetzung dieser Maßnahmen entgegenstehen. Wir fordern, Standards, Normen und Rahmenbedingungen dem technischen Fortschritt der Abfallsammlung und neuen Möglichkeiten der Abfallnutzung anzupassen, um das Potenzial der Kreislaufwirtschaft umfassend zu nutzen.	Wie werden uns dafür einsetzen, dass die Stadt Frankfurt Mehrwegsysteme für Gastronomie, Lebensmittelhandel und Märkte fördert und unterstützt, oder z.B. für Märkte und Markthallen ein eigenes Mehrwegsystem betreibt. Die FES soll angewiesen werden, sich verstärkt in Geschäftsbereichen zur Müllvermeidung zu betätigen, der Mehrwegbecher "Mainbecher" ist da ein erstes Beispiel. Derzeit profitiert die FES und ihre Tochter MHKW Frankfurt von der Müllflut.
<b>4. Setzen Sie/Setzt Ihre Partei sich dafür ein, eine zuständige Stelle für das Thema Nachhaltige Ernährung in der Stadt Frankfurt am Main zu schaffen, die u.a. eine kommunale Ernährungsstrategie erarbeitet?</b>	Wir unterstützen die Erarbeitung einer kommunalen Ernährungsstrategie. Innerhalb des Magistrats muss dazu ein Dezernat federführend betraut werden.	Wir wollen eine institutionelle Förderung für den Ernährungsrat ebenso wie eine Förderung seiner Projekte und wollen in Zusammenarbeit mit dem Ernährungsrat eine kommunale Ernährungsstrategie entwickeln. Für das Thema Ernährung soll eine Anlaufstelle eingerichtet werden, die die bisherigen Ansätze aus Energieerferat, Bildung und Gesundheit koordiniert und für Initiativen, Institutionen und Bürger*innen ansprechbar ist.	4. DIE LINKE fordert die Erarbeitung einer Ernährungsstrategie in Zusammenarbeit mit dem Ernährungsrat Frankfurt.	Keine Angaben	In unserem Programm haben wir die Schaffung einer Stabsstelle Nachhaltige Ernährung stehen. Diese Stabsstelle könnte diese Aufgabe übernehmen.
<b>5. Was kann die Stadt dafür tun, den ökologisch bewirtschafteten Anteil an städtischen Landwirtschaftsflächen zu erhöhen?</b>	Frankfurt nimmt an den Ökomodellregionen des Landes Hessen teil. Dabei können Bauern gefördert werden, wenn sie sich am Ökolandbau beteiligen. Wir unterstützen eine für Förderung und nicht auf Zwang aufgebauten Weg, der die konventionell und verantwortungsvoll wirtschaftende Landwirtschaft beteiligt und nicht übergeht.	In Frankfurt existieren etwa 5.000 Hektar landwirtschaftlich genutzter Fläche. Das ist gut so. Denn wenn wir regional und ökologisch erzeugte Lebensmittel genießen wollen, können wir die nicht über den Frankfurter Flughäfen importieren. Die neue Ökomodellregion Rhein-Main bietet für die Landwirt*innen und die Verbraucher*innen ein großes Potential. Wir erarbeiten mit Landwirt*innen, Verbraucher*innen, Initiativen und dem Ernährungsrat Konzepte, mit denen wir uns in die Ökomodellregion Rhein-Main einbringen. Wir streben Vereinbarungen mit öffentlichen Stiftungen mit erheblichem verpachtetem Landbesitz darüber an, diese Flächen in Zukunft in Konzeptvergabe auch unter dem Aspekt der ökologischen Nachhaltigkeit zu vergeben und führen eine solche Konzeptvergabe für städtische Flächen ein.	5. DIE LINKE fordert: Die gezielte Förderung der ökologischen Landwirtschaft durch die Verpachtung stadteigener landwirtschaftlichen Flächen unter Auflagen. Eine glyphosatfreie und pestizidfreie Stadt Frankfurt.	Keine Angaben	Zum einen kann die Stadt für den Lebensmittelbedarf in Kantinen und Schul-/Kitamensen den Gärtnern/-innen und Landwirten/-innen faire und konstante Abnahmepreise garantieren. Es sollte mehr Unterstützung für Urban-Farming-Projekte, SoLaWis etc. geben, um derzeit brachliegende landwirtschaftliche Flächen wieder für die Produktion von Lebensmitteln zu nutzen. Dazu gehört auch die Förderung von Schafherden und Hühnermobilen.
<b>6. Wie möchten Sie ein größeres Angebot von bio-regionalen Lebensmitteln auf den Frankfurter Wochenmärkten erreichen?</b>	Auf den Frankfurter Wochenmärkten werden bereits heute in großem Umfang bio-regionale Lebensmittel angeboten. Eine weitere Erhöhung könnte über das Ökomodellregion-Projekt geschehen, indem Selbstvermarktung gefördert und Kunden verstärkt über die Angebote informiert werden, so dass sie diese auch nachfragen. Zu prüfen wäre auch eine Änderung der Marktordnung.	Wir wollen die regionale und nachhaltige Landwirtschaft in Frankfurt unterstützen und zum Beispiel eine Streuobststrategie erarbeiten. Wir wollen mit Landwirt*innen, Verbraucher*innen, Initiativen und dem Ernährungsrat Konzepte erarbeiten, mit denen wir uns in die Ökomodellregion Rhein-Main einbringen. All diese Vorhaben dienen auch der Sichtbarkeit von bio-regionalen Angeboten. Neben der stärkeren Verbreitung auch in der Schul- und Kita-Verpflegung und der Unterstützung bei der Logistik in der Direktvermarktung (siehe oben) wird so die Nachfrage gestärkt, was sicher auch zu besseren Angeboten auf den Wochenmärkten beitragen wird.	6. DIE LINKE fordert ein städtisches Programm zur Vermarktungsförderung bio-regionaler Lebensmittel. Broschüren allein reichen nicht aus.	Keine Angaben	Die Stadt Frankfurt am Main soll ihre Marktordnung ändern, so dass Bio- und/oder Regioprodukte einen Schwerpunkt bilden. Ob das mit Quoten oder besonderen Anreizen passiert, ist noch zu diskutieren.
<b>7. Der Ernährungsrat möchte ein House of Food* etablieren. In welcher Weise soll die Stadt Frankfurt, das Ihrer Meinung nach in Zukunft unterstützen? *Das House of Food bringt LandwirtInnen aus dem Umland mit Frankfurter Kantinen zusammen und erhöht so den Anteil von bio-regionalen Lebensmitteln in der Außenhausverpflegung).</b>	Die Zielsetzung, Landwirte aus dem Umland mit Frankfurter Kantinen zusammenzubringen, um so den Anteil an bio-regionalen Lebensmitteln in der Außenhausverpflegung zu erhöhen, unterstützen wir. Es ist zu diskutieren, ob dafür wirklich eine neue Einrichtung notwendig ist oder das nicht auch über die Wirtschaftsförderung der Stadt Frankfurt geschehen kann.	Das „House of Food“ taucht explizit in unseren Wahlprogramm auf: „In einem zu gründenden „House of Food“ werden u.a. Schulungen zur gesunden regionalen sowie nachhaltigen und ökologischen Ernährung und Lebensmittelverarbeitung für Köch*innen und andere, die an der Gemeinschaftsverpflegung mitwirken, angeboten. Auch Schüler*innen und Gastronom*innen können dort ihr Wissen erweitern.“ Die genaue Ausgestaltung der Unterstützung (finanziell, personell, räumlich) wird zu klären sein, wir unterstützen das Vorhaben aber ausdrücklich	7. DIE LINKE fordert die Einrichtung eines „Food Hubs“ für die Lagerung, Weiterverarbeitung und Verteilung lokal und regional produzierter Lebensmittel sowie als Bildungs- und Begegnungsort.	Die Stadt könnte das Projekt in unterschiedlichen Bereichen unterstützen: Bei der Ansprache der Landwirte und Landwirtinnen sowie der Kantinen und dem anschließenden Zusammenbringen, Meetings der Kooperationspartner; -Für Publikationen oder Veranstaltungen als Kooperationspartner zur Verfügung stehen	Die Stadt Frankfurt sollte die Trägerin des House of Food sein.
<b>8. Mit welchen Maßnahmen sollte die Stadt ihrer Meinung nach Urban Gardening und Gemeinschaftsgärten fördern?</b>	Generell sind Urban Gardening und Gemeinschaftsgärten gute Projekte. Die Stadt sollte bei der Flächensuche behilflich sein, fachliche Unterstützung geben und bei Genehmigungen konstruktiv sein.	Initiativen für eine nachhaltige und solidarische Nahversorgung mit Lebensmitteln wie Urban Gardening und Solidarische Landwirtschaft (SoLaWi), werden wir fördern indem wir zum Beispiel in Neubaugebieten sowohl Anbaumöglichkeiten für Urban Gardening als auch öffentliche Gartenanlagen und Depots für die Verteilung von SoLaWi-Produkten von vornherein einplanen. Wir wollen das Programm „Stadtgrün sucht Dich“ des Grünflächenamtes zur Gewinnung von Pat*innen für Stadtbäume, Baumbeete und Blumenkübel ausbauen. Durch eine Neuplanung des Baugebiets Günthersburghöfe mit einer Bebauung nur der versiegelten Flächen bleiben die dort entstandenen Aktivitäten erhalten. Wir wünschen uns ähnliche Projekte aber auch in anderen Stadtteilen.	8. DIE LINKE fordert die Unterstützung von Gemeinschaftsgärten, Lebensmittelkooperativen und Solidarischer Landwirtschaft. Für den gemeinschaftlichen ökologischen Nahrungsmittelanbau sollen geeignete städtische Flächen zur Verfügung gestellt werden.	Für uns Freie Demokraten nimmt der Umweltschutz einen hohen Stellenwert ein. Information und Beratung über verschiedenste Themen – dazu können auch ökologische Bewirtschaftung von Landwirtschaftsflächen oder Urban Gardening sowie Gemeinschaftsgärten gehören – ist für uns eine wichtige Grundlage, um den Bürgern eine Umsetzung zu erleichtern. Deshalb fordern wir, auf der Webseite der Stadt im Bereich Umwelt die Seite so zu aktualisieren, dass alle Beratungsangebote, die es in Frankfurt zum Thema Umweltberatung gibt, dort zusammenhängend dargestellt und übersichtlich aufgelistet werden – ähnlich wie es bereits für Sportvereine der Fall ist. Ferner soll das Dezernat Umwelt in Kooperation mit allen zuständigen Stellen der Stadt sowie den Energieversorgern ein Umweltinformationszentrum (UIZ) initiieren, das unter anderem Bürger, Vereine, Unternehmen sowie Landwirte zu Umweltfragen berät. Hierfür sollen regelmäßig offene und themenspezifische Sprechstunden stattfinden. Zudem werden stadtwide Aktionen und Informatio Wertschöpfungspotenziale zu ermitteln und ihre Nutzung zu erarbeiten: - Die bevorzugt an Urban Gardening und Gemeinschaftsgarten-Stadt Frankfurt soll die kommunale Abfallwirtschaft in die Pflicht nehmen, Art und Volumen der verarbeiteten Wertstoffe und die daraus erzielte Wertschöpfung jedes Jahr der Stadtverwaltung in einem ausführlichen Bericht offenzulegen. - Die Verfahren des Abfalltransports sollen auf ihre Energieeffizienz untersucht werden und die Energiebilanz sowie Wertschöpfung jährlich berichtet werden. - Digitalisierte Verfahren zur Erfassung und Auswertung von	Einerseits mit Vorgaben beim Wohn- und Siedlungsbau, entsprechende Flächen auf den Dächern und auf den Freiflächen vor und zwischen den Gebäuden anzulegen, andererseits mit Förderung zur Umgestaltung von derzeit trist daliegenden Flächen. Die Gabelandgärten im städtischen Besitz sollten Projekte vergeben werden, wenn diese Gabelandgärten nahe an Siedlungen und Wohnbebauung liegen
<b>9. Sind Sie/Ihre Partei dafür, dass Frankfurt Mitglied im Bio-Städtenetzwerk wird? (https://www.biostaedte.de/images/pdf/leitfaden_V_4_verlinkt.pdf</b>	Angesichts der mehr als angespannten Haushaltslage sollte mit zusätzlichen Mitgliedschaften in Organisationen wegen des damit verbundenen Personal- und Ressourcenbedarfs zurückhaltend umgegangen werden.	Ja. Zitat Wahlprogramm: „Frankfurt tritt dem Biostädte-Netzwerk und dem Netzwerk gentechnikfreier Regionen bei.“	9. Wir fordern, dass die Stadt Frankfurt dem Netzwerk der Bio-Städte beitritt.	Ja, das ist ein interessantes Netzwerk – natürlich muss man mit allen Beteiligten vor einem Beitrittsbeschluss an einen Tisch kommen, Ihre Meinung Natürlich.	